

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abstellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeiger die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich, Samstag - Anschlag Nr. 53.

Abstellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeiger die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich, Samstag - Anschlag Nr. 53.

Telegramme: Cogeblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 275

Mittwoch, den 26. November 1924

19. Jahrgang

Die ägyptische Krise.

England besetzt ägyptische Zollämter. — Rücktritt des Kabinetts Zagul Pascha.

Kairo, 23. November. Die Zahlung der Entschädigungssumme von einer halben Million Pfund Sterling durch die ägyptische Regierung ist heute vormittag 12 Uhr erfolgt. Gleichzeitig wurde eine Protestnote überreicht, die sich gegen die Zurückziehung der ägyptischen Truppen aus dem Sudan gebiet und gegen die Forderung des Aufgebens allen Widerstandes hinsichtlich der Wünsche der englischen Regierung in der Frage des Schutzes ausländischer Interessen in Ägypten wendet. Diese Forderungen werden als ungerechtfertigt bezeichnet. Da die Forderungen nicht angenommen worden sind, haben die britischen Truppen Befehl erhalten, die Zollgebäude in Alexandria zu besetzen.

London, 24. November. Die Schlachtschiffe „Iron Duke“ und „Malaga“ haben Befehl erhalten, sich von Malta nach Alexandria bzw. nach Port Said zu begeben. Der leichte Kreuzer „Caradoc“, der sich in den britischen Gewässern befindet und 2 Besatzer sind nach Suez entandt worden.

Rücktritt des ägyptischen Kabinetts.

London, 24. November. Nach einer Neuermelbung aus Kairo hat das Kabinett demissioniert. Der König hat die Demission angenommen und den Senatspräsidenten Zimar Pascha mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut.

Die „Daily Chronicle“ veröffentlicht einen Artikel mit der Überschrift:

„Bedeutet dies einen neuen Krieg?“
Der Verfasser des Artikels fragt, was geschehen würde, wenn die ägyptischen Truppen im Sudan es ablehnen sollten, das Land zu verlassen. Würde man sudanesischen Truppen verwenden, um die ägyptischen Truppen zu vertreiben? Würde der Ausgang eines solchen Kampfes nicht zweifelhaft? Und wenn im Verlaufe der Unruhen Ausländer getötet würden, welche diplomatischen Schwierigkeiten würde dies für England nach sich ziehen? Haben wir die Mittel, in Ägypten während vieler Jahre eine starke Besatzungsarmee zu unterhalten? Haben wir die Möglichkeit, allein die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Sudan zu tragen? Die „Daily Chronicle“ erklärt es für ausgeschlossen, daß England den Zwischenfall durch den Völkerbund entscheiden lassen könne. Denn der Völkerbund werde zweifellos ein Urteil gegen England sprechen, weil der Völkerbund die Meinung hat, seine Urteile nur auf Grund legaler Argumente zu fällen, aber Englands Argumente seien schwach.

London, 24. November. Das Kabinett hielt heute in der Downingstreet eine 14stündige Sitzung ab. Nach Mitteilungen sind an Lord Allenby neue Instruktionen gesandt worden. Dem Reiterstabs-Bureau zufolge ist Allenby Herr der Lage. Der Sudan steht unter Kriegrecht. Lord Allenby ist befugt, alles zu tun, was er für ratsam hält.

Probleme der deutschen Wirtschaft.

Von Dr. Ratz.

Wichtig ist, ob man auf dem Standpunkt steht, daß das, was die Ausführung des Sachverständigenrats von uns verlangt, erfüllbar ist, oder ob man glaubt, daß auch diese Leistungen über das Maß des Erfüllbaren hinausgehen, immer wird man sich der Erkenntnis nicht verschließen dürfen, daß die Entwicklung der nächsten Jahre von der deutschen Wirtschaft ganz außerordentliches verlangen werden, von derselben Wirtschaft, die soeben erst sich aus dem Verrückungszustand der Inflation von neuem mühsam erhoben hat und die noch heute schwer unter den Nachwehen dieser düsteren Periode der deutschen Wirtschaftsgeschichte leidet. Das Schicksal des deutschen Staates und des deutschen Volkes wird ganz wesentlich davon abhängen, ob die beiden Jahre der Atempause, die uns das Sachverständigenrat gewährt, dazu genügen werden, um die deutsche Wirtschaft nicht nur auf die Höhe der Vorkriegszeit zu bringen, sondern sie so zu festigen und zu steigern, daß sie den erhöhten Anforderungen in weltwirtschaftlicher und innenwirtschaftlicher Beziehung genügen kann.

Die beiden Grundvoraussetzungen einer in sich gefunden deutschen Wirtschaft sind in den wenigen Worten zusammenzufassen: Steigerung des Exports und Steigerung der wirtschaftlichen Leistung. Welches greift ineinander über, aber doch ist die Steigerung des Exports nicht etwa nur von uns allein abhängig, sondern von der weltwirtschaftlichen Konstellation, die sich in der nächsten Zukunft ergeben wird. Wir stehen hier mit dem 10. Januar 1925 vor einem Wendepunkt der Entwicklung. Die wirtschaftlichen Beziehungen unter den Völkern sind durch den Krieg auf das schwerste erschüttert worden, die Konsumkraft ganzer Völker ist auf den Bruchteil ihrer früheren Ausdehnung zurückgegangen, und durch den Gewaltakt von Versailles ist Deutschland eine Ausnahmestellung aufgewungen worden, die ihm die schwersten Hemmnisse für eine freie wirtschaftliche Betätigung und für den Schutz seiner eigenen Produktion schuf. In dem genannten Tag fallen diese Schranken, und Deutschland gewinnt seine handelspolitische Freiheit wieder, eine neue Epoche deutscher Handelspolitik beginnt damit und es wird von ausschlaggebender Bedeutung sein, ob die bereits jetzt eingeleiteten Verhandlungen mit den anderen Weltwirtschaftsmächten zu einer Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des vollen Wiederanschlusses an die Weltwirtschaft führen werden. Die außenpolitische Entspannung, die seit dem Londoner Abkommen durch die gegenwärtige Regierung erzielt worden ist, hat die Geneigtheit größer gemacht, in einen geregelten Wirtschaftsverkehr mit Deutschland zu treten. Es darf deswegen gehofft werden, daß bestehende Handelsverträge mit den großen Weltwirtschaftsmächten zustande kommen und daß damit der deutsche Außenhandel wieder einen Umfang annimmt, der uns in die Lage setzt, unsere Wirtschaftsblühe so zu gestalten, daß wir einen Ueberfluß der Ausfuhrwerte gegenüber der Einfuhr erzielen.

Soll dieser notwendige Ausfuhrüberschuß erreicht werden, so muß als weitere Voraussetzung eine Preisgestaltung hinzukommen, bei der die deutschen Ausfuhrüter nicht teurer auf dem Weltmarkt erscheinen, als die gleichartigen Güter anderer Länder. Die deutschen Produktionskosten sind nach Festigung der Währung noch nicht gesunken. Die Preishöhe der deutschen Waren überschreitet noch in vielen Wirtschaftszweigen infolge der hohen Kosten der inländischen Produktion das Niveau des Weltmarktes. Um auf ihm konkurrieren zu können, müssen wir unter allen Umständen zu einer Senkung der inländischen Preise kommen. Die gegenwärtige Regierung hat diese Notwendigkeit erkannt. Sie geht schon jetzt mit der Ermäßigung einiger Steuern vor. Man wird dieses Vorgehen jedoch nur als höchster Anfang einer planmäßigen Entwicklung ansehen dürfen, die mit größter Beschleunigung dahin streben muß, alle Steuern und öffentlichen Lasten, die eine unbillig hohe Belastung der deutschen Produktion mit sich bringen, zu beseitigen. Weder an den Frachtpreisen der Eisenbahn, noch an den Kohlenpreisen, noch an den Tarifen der Kraftwerkstationen (Stromtarifen) wird diese Entwicklung vorübergehen dürfen. Dieses Bestreben der Regierung wird in den Wirtschaftskreisen selbst im wohlüberlegten eigenen Interesse nachdrücklich Unterstützung finden müssen, denn eine Herabsetzung der Preise gibt allein die Möglichkeit zu einem erhöhten Ueberfluß der Wirtschaft, und nur Verringerung des Ueberflusses der Wirtschaft, und damit ist in vieler Beziehung noch selbst. — (Schluß folgt.)

Die Aussichten der Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 24. Nov. Der „Matin“ beschäftigt sich erneut mit den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen und meint, diese Woche werde besonders aktiv sein, insbesondere anlässlich der Aussprache zwischen den Delegierten der Schwerindustrie. Man habe den Eindruck, daß Deutschland insbesondere seine mahjanische Industrie und seinen Kohlenexport zu verteidigen gedenke. Einer der deutschen Delegierten habe zu Beginn der Verhandlungen gesagt, zwei Dinge interessierten Deutschland nicht, nämlich die Schwerindustrie und die getrockneten Korinthen.

Paris, 24. Nov. Die erste Sitzung der heute wieder aufgenommenen deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen dauerte drei Stunden. Es wurden grundsätzliche Fragen erörtert. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

London, 24. Nov. Reuters meldet, die englisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen dürften noch einer offiziellen Verlautbarung bereits in dieser Woche unterzeichnet werden. In der Frage der 20prozentigen Einfuhrabgabe gewährte die britische Regierung keinerlei Konzessionen.

Die französische Dollaranleihe überzeichnet.
New York, 24. Nov. Die französische 100 Millionen-Dollar-Anleihe ist beträchtlich überzeichnet worden. Der Schluß der Zeichnung erfolgte 45 Minuten nach ihrer Eröffnung.

Die Hege der Rechtspresse gegen Ebert.

Bonn, 24. Nov. In einer starkbesuchten Wählerversammlung wandte sich Reichskanzler Marx entschieden gegen die Schärfe des Wahlkampfes und wies besonders die Versuche zurück, die Person des Reichspräsidenten in den Wahlkampf zu zerren. Eingehend widerlegte er die Behauptung der Rechtspresse, es sei verfassungswidrig, daß der Reichspräsident Ebert noch im Amte sei. Derartige Behauptungen seien unrichtig und unbegründet. Ebenso wies er den anderen Vorwurf zurück, daß der Reichspräsident in die Regierungsgeschäfte eingreife.

Ablehnung des Protestes der Beamten durch Dr. Luther.

Berlin, 24. Nov. Wie verlautet, hat der Reichsfinanzminister Dr. Luther am Abend nachmittags den Spitzenorganisationen der Beamtenverbände eröffnet, daß er ihren Protest gegen die angeblich ungenügende Erhöhung der Beamtengehälter zurückweise und im Kabinett eine den Satz von 10 Prozent überschreitende Erhöhung nicht vertreten könne. Die bewilligten 10 Prozent Erhöhung bringen dem Reich 200 Millionen Mark neue Ausgaben pro Jahr. Es würde und Gemeinden gleichzeitig erhöht werden und auch die Arbeiterkraft in den Privatbetrieben mit gleichen Erhöhungen kommt, so belastet die nun zehnprozentige Erhöhung der Gehälter die deutsche Wirtschaft mit mindestens einer halben Milliarden Goldmark.

Der Reichsrat genehmigt die Beamtenbesätze.

Berlin, 24. Nov. Die Reichsratsausschüsse haben heute die Vorlagen betreffend die neuen Beamtenbesätze beraten. Es wurde beschlossen, die Reichsregierung zur Auszahlung der erhöhten Bezüge gemäß der Vorlage zu ermächtigen.

Berlin, 25. Nov. Der „Vorwärts“ bringt eine Mitteilung vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, nach der die Lohnverhandlungen im Reichsfinanzministerium für die Betriebs- und Verwaltungsbetriebe des Reiches gestern nachmittag abgeschlossen worden sind. Die Lohn-erhöhungen, die vom 16. Nov. an gelten, betragen zwischen 9 und 12 Prozent.

Arbeiter und Kaufmannsgehilfen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Zu den programmatischen Aufträgen über Wohnpolitik, Arbeitszeit, Sozialversicherung und der damit in engem Zusammenhang stehenden „Vorbereitung“ der Wirtschaft, die die Führer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände in der Sondernummer der „Berliner Wochenschrift“ vom 21. Oktober veröffentlicht hatten, nimmt jetzt der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband ausführlich Stellung. In der „Deutschen Handelswoche“ vom 19. November 1924 legt er sich in einer Reihe von ersten Sachkennern geschriebener Aufsätze mit der Auffassung der deutschen Arbeitgeber auseinander. Die einzelnen Aufsätze behandeln die Stellungnahme zur Lohn- und Gehaltspolitik, zur „Vorbereitung“ unserer Wirtschaft, zum Tarifvertrag und Schlichtungswesen; ebenfalls erörtert die Frage, ob Preis- und Lohnsteigerungen zu neuer Inflation führen, eine eingehende Behandlung.

Große Ränderungen in der Berliner Industrie.

Berlin, 24. Nov. In der Berliner Industrie sind für Sonnabend, den 30. November, weitere 1850 Ränderungen von Arbeitern und Beamten ausgesprochen worden. Der Geldmangel der großen Werke ist immer noch sehr groß, so daß am Sonnabend, den 22. November, in der Berliner Maschinenindustrie selbst den Arbeitern teilweise nur bis 1/4 ihrer Bezüge ausbezahlt werden konnte.

Neues Balkanbündnis?

Belgrad, 24. November. Das Organ der Partei des früheren Ministerpräsidenten Davidowitsch, die „Branka“, meldet, daß in der vorigen Donnerstag unter Vorsitz des Königs abgehaltenen Sitzung des Ministerausschusses für Volksverteidigung auch die Frage der Abschließung einer Militärkonvention zwischen Südslawen, Rumänen und Italiern verhandelt wurde. Die diesbezüglichen Verhandlungen seien schon einige Tage im Gange und würden parallel in Rom und Belgrad geführt. Mit der italienischen Regierung verhandelt der südslawische Gesandte in Rom, Antonjewitsch, mit der rumänischen der Botschafter Colai-Antich.

Die Konvention soll angeblich noch vor der nächsten Konferenz der Kleinen Entente, die Mitte Januar in Bukarest stattfinden soll, abgeschlossen werden. Nach der Bukarester Konferenz soll sodann die Reise des südslawischen Königspaars nach Rom erfolgen.